

Beteiligungsbericht 2012

Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Freital, 24. Oktober 2013

1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bewohner des Verbandsgebietes, der 11. Beteiligungsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2012 liegt vor.

Mit diesem Beteiligungsbericht erhalten Sie einen Überblick zum Verband und seiner einzigen Beteiligung, der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVWGmbH). Der Beteiligungsbericht ist deshalb auch in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil wird im Überblick der Verband und im zweiten Teil die mit der Wasserversorgung beauftragte Gesellschaft dargestellt.

Die WVWGmbH hat auch im Jahr 2012 großes Augenmerk auf die weitere Konsolidierung bzw. Verbesserung der technischen Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gelegt. Gegen den allgemeinen Trend der Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen ist es dem Unternehmen einmal mehr gelungen, trotz des rückläufigen Wasserabsatzes die Höhe der Wasserentgelte seit nunmehr 18 Jahren auf dem Niveau von 1995 zu belassen.

Konsequente Investitionen in die Erneuerung der Wasserwerke, Rohrnetze, Pumpwerke und Hochbehälter senkten seit Anbeginn stetig den Aufwand für den laufenden Betrieb der Anlagen.

Die Umsetzung dieses strategischen Ansatzes über nunmehr fast 20 Jahre hinweg war eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige und permanente Steigerung der Effizienz des Unternehmens. Dazu trug neben geringeren Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung auch der notwendige Abbau von Personal entscheidend bei.

Während 1990 im Unternehmen 139 Arbeitnehmer tätig waren, sind es 2012 **72** Beschäftigte zuzüglich der auf ein Jahr befristeten Einstellung eines Jungfacharbeiters. Sie sorgen dafür, dass heute und in Zukunft an jedem Tag und zu jeder Stunde Trinkwasser in ausreichender Menge und hervorragender Qualität für alle Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe- und Industriebetriebe zu fairen Preisen zur Verfügung steht.

Die mit Augenmaß betriebene weitere Fortentwicklung, Erneuerung und Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur unter verstärkter Berücksichtigung von Klimawandel und demographischer Entwicklung besitzen auch künftig hohe Priorität.

Sie bilden die Voraussetzungen für einen stabilen Betrieb der Anlagen, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit weit über unsere heutige Zeit und Generation hinaus.

Wirtschaftliche Stabilität und auskömmliche Wasserpreise sind auch in der Zukunft untrennbar mit angemessenen und stetigen Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur verbunden.

Es ist geplant und alle vorsichtigen Prognosen und Annahmen sprechen aus heutiger Sicht dafür, dass die Anhebung bzw. Anpassung der Wasserpreise bei gleichzeitiger kontinuierlicher Abschmelzung der Rücklagen wie bisher geplant erst 2016 erfolgen wird.

Freital, 24. Oktober 2013

gez. Klaus Mättig
Vorsitzender
Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Inhaltsverzeichnis		Seite
1.	Vorwort	2
2.	Verbandsspezifischer Teil	5
2.1	Rechtliche Verhältnisse	5
2.2	Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2012	6
2.3	Mitglieder des Verwaltungsrates	7
2.4	Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck	7
2.5	Wirtschaftliche Verhältnisse	8
2.5.1	Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 3 SächsGemO	8
2.6	Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	9
2.6.1	Verwaltungshaushalt	10
2.6.2	Vermögenshaushalt	10
3.	Unternehmensspezifischer Teil	11
3.1	Rechtliche Verhältnisse	11
3.2	Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH	11
3.3	Bilanz und Leistungskennzahlen	12
3.3.1	Beschreibung der Kennzahlen	12
3.3.2	Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung	15
3.4	Lagebeurteilung der Gesellschaft	16
4.	Impressum	24
5.	Anhang	
	Auszug aus der Jahresrechnung des TWZ 2012	

2. Verbandsspezifischer Teil

2.1 Rechtliche Verhältnisse

Der Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe (TWZ) entstand im Ergebnis der Kommunalisierung der ehemals über den gesamten Regierungsbezirk Dresden wirkenden Wasser- und Abwasserbehandlung Dresden GmbH. Er hat seine wirtschaftliche Tätigkeit zum 01.01.1994 aufgenommen.

Die Verbandssatzung und ihre Genehmigung durch das Regierungspräsidium Dresden wurden im Sächsischen Amtsblatt Nr. 52/1993, S. 1280 vom 25. November 1993 öffentlich bekannt gemacht.

Der TWZ führte aufgrund von Zweifeln des Verwaltungsgerichtes Dresden hinsichtlich seiner rechtmäßigen Gründung im Jahr 2002 eine Sicherheitsneugründung durch.

Die Bekanntmachung des Landratsamtes Weißeritzkreis über die Genehmigung der Verbandssatzung/Änderungssatzung zur Verbandssatzung des TWZ wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 43/2002, S. 1109 vom 24. Oktober 2002 öffentlich bekannt gemacht.

Der Sitz des TWZ ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital. Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr. Der TWZ beschäftigt kein Personal. Die Aufgaben des TWZ und hier insbesondere seine hoheitliche Tätigkeit werden durch seine Eigengesellschaft, die Firma Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, vorbereitet.

Die Verbandssatzung wurde in der 33. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2008 geändert. Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge genehmigte die Satzungsänderung. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 11/2009, S. 553 vom 12. März 2009 öffentlich bekannt gemacht. Sie sorgte für eine Klarstellung zur Stimmenverteilung der Verbandsmitglieder.

In der 36. Verbandsversammlung am 22. Juli 2010 wurde die Verbandssatzung erneut geändert. Die Prüfung der Jahresrechnung wurde im § 16 so geregelt bzw. erweitert, dass nunmehr ein kommunales Rechnungsprüfungsamt oder ein kommunaler Rechnungsprüfer, ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Verbandsversammlung zum Rechnungsprüfer bestellt werden kann.

Die 2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 42/2010, S. 1518 vom 21. Oktober 2010 öffentlich bekannt gemacht.

2.2 Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2012

Dem TWZ gehörten im Jahr 2012 genauso wie 2011 13 Verbandsmitglieder an. Die Stimmenverteilung wurde auf der Grundlage von § 125 SächsGemO (Stichtag 30.06. des Vorjahres) ermittelt und stellt sich wie folgt dar:

Stadt/Gemeinde	Einwohner	Veränderung	Stimmenanzahl	Veränderung
	2012	zu 2011	2012	zu 2011
Altenberg	8.624	-172	9	0
Bannewitz	10.688	-6	11	0
Dippoldiswalde	10.236	-28	11	0
Dorfhain	1.128	6	2	0
Freital	39.302	37	40	0
Glashütte	7.122	-39	8	0
Höckendorf	2.980	-22	3	-1
Kreischa für OT Sobrigau, Bärenklause-Kautzsch	783	-19	1	0
Wilsdruff für OT Mohorn, Grund, Herzogswalde	2.100	-15	3	0
Pretzschendorf	4.102	-51	5	0
Rabenau	4.423	-64	5	0
Schmiedeberg	4.542	-65	5	0
Tharandt	5.394	-40	6	0

2012	101.424	-477	110
2011	101.901		111
Differenz	-477		-1
2012	<u>-0,47%</u>		
2012 / 2002	107.560		116
Differenz	-6.136		-6
	<u>-5,70 %</u>		

Die Verbandsgemeinden haben gegenüber dem Jahr 2011 477 Einwohner verloren. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang in Höhe von 0,47%. Bezieht man sich jedoch auf 2002, beträgt der Bevölkerungsrückgang in Summe bereits 6.136 Einwohner bzw. 5,70%.

Dieser Trend wird sich entsprechend den Prognosen des Statistischen Landesamtes Sachsen zwar regional in unterschiedlicher Ausprägung, aber doch insgesamt weiter fortsetzen. Ursache für die Verminderung der Gesamtstimmenzahl um eine Stimme ist der Rückgang der Einwohnerzahl der Gemeinde Höckendorf unter 3.000 Einwohner.

Dies hat mittelfristig Auswirkungen auf den Trinkwasserabsatz. Er wird weiter moderat sinken. Bei konstanten Fixkosten, welche unabhängig von der Höhe der Trinkwasserentnahme anfallen und mehr als 85% der Gesamtkosten betragen, können die Mindererinnahmen aus dem Bevölkerungsrückgang bzw. der demographischen Entwicklung auf der einen und die durchschnittliche Teuerung durch Inflation auf der anderen Seite selbst bei voller Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials im Unternehmen mittelfristig nur über die Anhebung der Wasserentgelte kompensiert werden.

2.3 Mitglieder des Verwaltungsrates

Verbandsvorsitzender

Herr Mättig
Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Kerndt
Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Dreßler
Bürgermeister der Stadt Glashütte

Herr Kirsten
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Rother
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Fröse
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Paul
Bürgermeister der Stadt Rabenau

2.4 Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck

Aufgabe des Verbandes ist die öffentliche Wasserversorgung in seinem Gebiet. Er ist Träger der öffentlichen Wasserversorgung gem. § 57 Abs. 1 SächsWG. Die Aufgabenträgerschaft erstreckt sich nicht auf Wasserversorgungen, die von Verbandsmitgliedern oder Dritten betrieben werden.

Der Verband bedient sich zur Durchführung der öffentlichen Wasserversorgung einer Eigengesellschaft mit dem Namen "Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH" (WVWGmbH), in deren Eigentum die im Verbandsgebiet vorhandenen Wasserversorgungsanlagen stehen und die im Verhältnis zu den Kunden im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig wird.

Näheres regelt der zwischen dem Verband und der Gesellschaft abgeschlossene Versorgungsvertrag. Der TWZ hält zu 100 % die Anteile an der WVWGmbH.

Der Verband kann für Mitgliedsgemeinden oder deren Verbände Dienstleistungen, einschließlich Betriebsführung, insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung, durchführen. Der Verband wird sich hierzu seiner Gesellschaft bedienen. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

2.5 Wirtschaftliche Verhältnisse

Der TWZ hat die Aufgabe der Wasserversorgung auf seine Eigengesellschaft übertragen. Seine Tätigkeit besteht in der Verwaltung seiner Beteiligung an der WVWGmbH, in der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, insbesondere zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs, der Beantragung und Weiterleitung von Fördermitteln und der Übernahme von Bürgschaften zur Inanspruchnahme zinsverbilligter Kommunaldarlehen durch seine Eigengesellschaft. Der Verband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

2.5.1 Rechenschaftsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 3 SächsGemO

Im Haushaltsjahr 2012 haben zwei Verwaltungsratssitzungen, eine im Juni und eine im Oktober, stattgefunden. Der Verwaltungsrat war zu beiden Sitzungen beschlussfähig. Er bereitete die Beschlussvorlagen für die Verbandsversammlungen vor.

Die 40. Verbandsversammlung fand am 26. Juli 2012 und die 41. Verbandsversammlung am 13. Dezember 2012 im Wasserwerk Klingenberg statt. Die Zustimmung der Verbandsräte

- zur Feststellung des Jahresabschlusses der Eigengesellschaft Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVWGmbH) und zur Entlastung des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2011,
- zum Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 2.725.547,26 € auf neue Rechnung sowie
- zur Feststellung der Jahresrechnung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2011

waren wesentliche Entscheidungen der 40. Verbandsversammlung. Sie waren zudem Inhalt und Gegenstand der Beschlüsse in der 25. Gesellschafterversammlung am 28. August 2012.

In der 41. Verbandsversammlung wurde die Haushaltssatzung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für das Haushaltsjahr 2013 beschlossen und der Verbandsvorsitzende ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung die Finanzierung des Verwaltungshaushaltes einschließlich Steuern in Höhe von 22.335 € durch Ausschüttung/Auskehrung aus der Kapitalrücklage der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Aussprache und der Beschluss zur Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften für Investitionen der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2013 sowie für die im Jahr 2013 anstehenden Umschuldungen von Darlehen waren ein weiterer Schwerpunkt der 41. Verbandsversammlung.

Für die Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2012 wurde einstimmig wiederum die auch mit der Prüfung des Jahresabschlusses der WWVGmbH beauftragte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt.

2.6 Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Zu den Finanzbeziehungen gehören gem. § 99 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SächsGemO folgende Informationen:

- die Summe aller Gewinnabführungen der Unternehmen an den TWZ,
- die Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse, die vom TWZ an Unternehmen geflossen sind, an denen der TWZ beteiligt ist. Hierzu zählen z.B. Darlehen zu Vorzugsbedingungen oder Darlehen, die aus Bonitäts- oder Wirtschaftsgründen von einem privaten Kreditinstitut nicht gewährt worden wären,
- die Summe aller sonstigen Vergünstigungen, die der TWZ Unternehmen gewährt hat, an denen er beteiligt ist und
- die Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, die zugunsten von Unternehmen ausgereicht wurden, an denen der TWZ beteiligt ist.

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der WWVGmbH und dem Zweckverband:

Leistungen der WWVGmbH an den Zweckverband	2011	2012	Änderung
Gewinnabführungen	keine	keine	
Leistungen des Zweckverbandes an die WWVGmbH	2011	2012	Änderung
Laufende Umlagen	keine	keine	
Investive Umlagen	keine	keine	
Inanspruchnahme v. übernommenen Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen	56.584,1 T€	56.852,9 T€	268,8 T€ + 0,47 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	keine	keine	
Sonstige Vergünstigungen	keine	keine	
Sonstige Zuschüsse	keine	keine	

Bei den oben aufgeführten Zahlen handelt es sich um die tatsächliche Inanspruchnahme des TWZ aus der Bürgschaftsübernahme für seine Eigengesellschaft. Das Bürgschaftsvolumen des TWZ beläuft sich zum 31.12.2012 auf 76.141,4 T€. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Bürgschaftsrahmens beträgt für 2012 74,67%.

Gegenüber 2011 ergibt sich für die Verschuldung mit einem Plus von 0,47% nur eine marginale Veränderung zum 31. Dezember 2012.

Der tatsächliche Darlehensbestand der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten ist aufgrund der Verbindlichkeiten aus Zins- und Tilgungsabgrenzungen um 487,0 T€ größer (siehe Lagebericht WWVGmbH).

2.6.1 Verwaltungshaushalt

Die im Verwaltungshaushalt planmäßig veranschlagten Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 22.335,00 € wurden mit 13.330,16 € bzw. 59,7% in Anspruch genommen.

Diese Ausgaben sind durch eine Ausschüttung der Gesellschaft aus der Kapitalrücklage zu finanzieren. In dieser Bruttoausschüttung sind neben den sächlichen Aufwendungen in Höhe von 11.220,66 € Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 2.109,50 € berücksichtigt.

2.6.2 Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt weist ein geplantes Haushaltsvolumen in Höhe von 0,00 € auf, weil der Verband aufgrund des Auslaufens der Förderperiode für wasserwirtschaftliche Maßnahmen planmäßig keine Fördermittel erhalten hat.

Kreditermächtigungen für den TWZ wurden nicht ausgewiesen, da für die zinsverbilligten Kommunaldarlehen ausschließlich die Gesellschaft in Verbindung mit der Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften durch den Verband direkter Darlehensnehmer war.

Auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 05VB/2011 der 39. Verbandsversammlung vom 15. Dezember 2011 hat der TWZ im Jahr 2012 für ein zinsverbilligtes Kommunaldarlehen in Höhe von 2.785,3 T€ gebürgt. Ursprünglich belief sich der geplante Kapitalbedarf zur Finanzierung der Investitionsvorhaben auf 3.521,1 T€. Mithin wurden Fremdmittel in Höhe von 735,8 T€ weniger aufgenommen.

Die Genehmigung der Bürgschaft erfolgte durch die Kommunalaufsicht am 16. August 2012.

3. Unternehmensspezifischer Teil

Der unternehmensspezifische Teil erfasst die gleichen Beteiligungsberichtsunternehmen wie § 99 Absatz 1 SächsGemO, jedoch mit einer Ausnahme: Beteiligungen unterhalb von 5%. Zudem werden im unternehmensspezifischen Teil keine Eigenbetriebe dargestellt.

Im unternehmensspezifischen Teil des Beteiligungsberichtes des TWZ finden Sie drei Unterteile:

- den Bericht über die Unternehmensstruktur gem. § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO
- den Bericht über die Kennzahlenentwicklung gem. § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO
- die Bewertung durch den TWZ gem. § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

3.1 Rechtliche Verhältnisse

Der TWZ hat rückwirkend zum 01.01.1998 die WVGmbH, eine Eigengesellschaft, an welcher der Verband zu 100 % beteiligt ist, gegründet. Die WVGmbH ist im eigenen Namen, für eigene Rechnung und mit eigenem Personal tätig.

3.2 Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Die Stammeinlage der Gesellschaft beträgt nach Änderung des Gesellschaftsvertrages im Oktober 2004 511.300 €. Der Nettowert des Vermögens auf der Grundlage der Schlussbilanz zum 31.12.1997 wurde mit 12.906.015,32 € festgesetzt.

Mit Bescheid des Landratsamtes Weißeritzkreis vom 17. Juli 1998 wurde die Gründung der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH rechtsaufsichtsbehördlich genehmigt. Die Gesellschaft wurde durch das Amtsgericht Dresden (Registergericht) am 11. November 1998 in das Handelsregister unter der Registriernummer HRB 16535 eingetragen.

Der TWZ ist alleiniger Gesellschafter der WVGmbH. Es liegen keine Unterbeteiligungen vor. Der Sitz der Gesellschaft ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital.

Geschäftsführer: Herr Frank Kukuczka

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Mättig
Oberbürgermeister der
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Kerndt
Oberbürgermeister der
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Dreßler
Bürgermeister der Stadt Glashütte

Herr Kirsten
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Rother
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Fröse
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Paul
Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Schreckenbach
Bürgermeister der Gemeinde Höckendorf

Anzahl der Mitarbeiter gesamt:

01.01.2012	72, davon	32 Angestellte,	39 Arbeiter,	zuzügl. 1 Jungfacharbeiter
31.12.2012	70, davon	32 Angestellte,	37 Arbeiter,	zuzügl. 1 Jungfacharbeiter

Den vorbenannten Zahlen sind 3 Azubi hinzuzurechnen. Die Jungfacharbeiter werden befristet für ein Jahr beschäftigt.

Abschlussprüfer: BDO Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Am Waldschlößchen 2
01099 Dresden

3.3 Bilanz und Leistungskennzahlen

3.3.1 Beschreibung der Kennzahlen

Im Kennziffernteil dieses Berichts werden folgende Kennziffern verwendet:

Die **Personalintensität** (PI) wird unter Zuhilfenahme der Größen Personalaufwand (PA) und Umsatz (U) wie folgt berechnet:

$$PI = PA/U * 100 \text{ in \%}.$$

Die **Arbeitsproduktivität** (PFA) bzw. die Produktivität des Faktors Arbeit wird unter Zuhilfenahme der Größen Umsatz (U) und Zahl der Beschäftigten (B) wie folgt errechnet:

$$PFA = U/B \text{ in T€/ Mitarbeiter.}$$

Beide vorbenannten Kennziffern zeigen deutlich die Bemühungen der Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse stetig zu konsolidieren.

Die **Anlagenintensität** (AI) charakterisiert die Vermögensstruktur. Die Anlagenintensität wird unter Zuhilfenahme der Größen Anlagevermögen (AV) und Gesamtvermögen (GV) errechnet:

$$AI = AV/GV \times 100 \text{ in } \%$$

Die **Fremdkapitalquote** (FQ) kennzeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zum Gesamtkapital. Die Fremdkapitalquote wird unter Zuhilfenahme der Größen Fremdkapital (FK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt berechnet:

$$FQ = FK/GK \times 100 \text{ in } \%$$

Zum Fremdkapital zählen neben Darlehen auch Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (z.B. Darlehensübernahme Pretzschendorf) sowie Rückstellungen.

Aufgrund der Tatsache, dass es politischer Wille war, keine Beiträge zur Finanzierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu erheben, mussten der Verband und später die Gesellschaft neben Fördermitteln auch erhebliche Darlehen zur Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen einsetzen.

Insofern ist es logisch und konsequent, dass aufgrund des desolaten Zustandes der Anlagen zu Beginn der 90-er Jahre die Fremdkapitalquote der Gesellschaft höher als bei besser ausgestatteten Aufgabenträgern ausfallen muss.

Die **Investitionsdeckung** (ID) wird unter Zuhilfenahme der Größen Abschreibungen auf das Sach- und Anlagevermögen (SAV) und Nettoinvestitionen (N) in das SAV des Geschäftsjahres wie folgt berechnet:

$$ID = SAV/N \times 100.$$

Der Wert, den ID einnimmt, beschreibt, in welchem Maße die Neuinvestitionen aus Abschreibungsgegenwerten finanziert werden konnten.

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** (EQ) ist das Spiegelbild der Fremdkapitalquote. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Eigenkapital (EK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt errechnet:

$$EQ = EK/GK \times 100 \text{ in } \%.$$

Die **Eigenkapitalreichweite** (EKR) ist für die Kapitalstrukturanalyse auch unter der Bezeichnung Eigenkapitalrentabilität bekannt. Die Eigenkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresfehlbetrag (JF) bzw. Jahresüberschuss (JO) und Eigenkapital (EK) wie folgt berechnet:

$$\text{bei Jahresüberschuss: } EKR = JO / EK \times 100; \quad \text{bei Jahresfehlbetrag: } EKR = EK / JF$$

Wenn es zu einem Verlustausgleich durch die Gemeinde kommt, erfolgt eine zweifache Berechnung und Darstellung der Eigenkapitalrentabilität: einmal mit und einmal ohne Verlustausgleich durch die Gemeinde.

Die **kurzfristige Liquidität** (LQ₃) ist die sog. Liquidität 3. Grades. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Umlaufvermögen (UV) und kurzfristiges Fremdkapital (kFK) wie folgt berechnet:

$$LQ_3 = UV/kFK \times 100 \text{ in } \%.$$

Bei der Liquiditätsanalyse geht es zunächst einmal um die Einhaltung von Deckungsregeln. Damit ist die Frage der Fristenkongruenz gemeint. Langfristig im Unterneh-

men gebundenes Vermögen muss langfristig finanziert und kurzfristig gebundenes Vermögen kann kurzfristig finanziert werden.

So wichtig diese sog. goldene Bilanzregel auch ist, muss gleichwohl der Aussagewert der Liquiditätskennziffer hinterfragt werden. Sie wird im Beteiligungsbericht des TWZ verwendet, weil der Gesetzgeber der Gemeindeordnung die Verwendung dieser Kennziffer empfohlen hat.

Die **Gesamtkapitalrendite** (GKR) oder Gesamtkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (J) + Zinsaufwand (Z) auf der einen Seite dividiert durch Gesamtkapital (GK) auf der anderen Seite wie folgt berechnet:

$$\text{GKR} = (\text{J} + \text{Z}) / \text{GK} \times 100 \text{ in } \%$$

Das Ergebnis beschreibt die Effizienz und Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals.

Die **Effektivverschuldung** (ES) weist die Schulden aus, die nicht durch kurzfristiges Vermögen abgedeckt sind. Zur Ermittlung dieser Kennziffer wird vom Fremdkapital (FK) das kurzfristige Vermögen (kV) abgezogen. Zum kurzfristigen Vermögen gehören die liquiden Mittel und die Forderungen:

$$\text{ES} = \text{FK} - \text{kV} \text{ in T€}.$$

3.3.2 Übersicht über die Kennzahlen und deren Bewertung

	2009	2010	2011	2012
Personalintensität in %	<u>29,6</u>	<u>28,5</u>	<u>29,0</u>	<u>28,8</u>
Personalkosten (T€)	3.837	3.759	3.794	3.845
Umsatz (T€)	12.956	13.186	13.088	13.349
Arbeitsproduktivität (T€)	<u>172,8</u>	<u>178,2</u>	<u>176,9</u>	<u>188,0</u>
Umsatz (T€)	12.956	13.186	13.088	13.349
Anzahl Mitarbeiter, ohne Azubi	75	74	74	71
Zunahme/Abnahme Mitarbeiter in %	-2,6	-1,3	0,0	-4,1
Zunahme/Abnahme Personalkosten in %	0,3	-2,0	0,9	1,4
Anlagenintensität in %	<u>86,1</u>	<u>87,2</u>	<u>85,7</u>	<u>85,4</u>
Anlagevermögen (T€)	77.510	78.411	77.231	77.838
Bilanzsumme (T€)	89.982	89.874	90.154	91.112
Fremdkapitalquote in %	<u>69,3</u>	<u>71,7</u>	<u>69,0</u>	<u>69,1</u>
Fremdkapital (T€)	62.367	64.397	62.228	62.992
Gesamtkapital (T€)	89.982	89.874	90.154	91.112
Investitionsdeckung in %	<u>107,6</u>	<u>77,1</u>	<u>104,9</u>	<u>85,3</u>
Abschreibungen (T€)	3.422	3.489	3.601	3.639
Investitionen (T€)	3.179	4.526	3.433	4.266
wirtschaftl. Eigenkapitalquote in %	<u>30,7</u>	<u>28,3</u>	<u>31,0</u>	<u>30,9</u>
Eigenkapital (T€)	27.614	25.477	27.926	28.190
Gesamtkapital (T€)	89.982	89.874	90.154	91.112
Eigenkapitalreichweite in %	<u>1,8</u>	<u>-6,9</u>	<u>9,8</u>	<u>1,6</u>
Jahresüberschuss /- fehlbetrag (T€)	495	-1.765	2.726	453
Eigenkapital (T€)	27.614	25.477	27.926	28.190
kurzfristige Liquidität in %	<u>166,0</u>	<u>125,3</u>	<u>186,1</u>	<u>178,2</u>
kurzfristiges Umlaufvermögen (T€)	12.286	11.464	12.913	13.265
kurzfristige Verbindlichkeiten (T€)	7.401	9.150	6.940	7.443
Gesamtkapitalrendite in %	<u>2,7</u>	<u>0,6</u>	<u>5,1</u>	<u>2,5</u>
Jahresüberschuss/-fehlbetrag+ Zinsen	2.461	545	4.623	2.295
Gesamtkapital	89.982	89.874	90.154	91.112
Langfristiger FK-Anteil in %	<u>88,1</u>	<u>85,8</u>	<u>88,8</u>	<u>88,1</u>
langf. Fremdkapital	54.967	55.247	55.288	55.479
Fremdkapital	62.367	64.397	62.228	62.992
Effektivverschuldung in T€	<u>50.081</u>	<u>52.933</u>	<u>49.315</u>	<u>49.727</u>
Fremdkapital (T€) abzüglich des	62.367	64.397	62.228	62.992
kurzfristigen Umlaufvermögens (T€)	12.286	11.464	12.913	13.265

3.4 Lagebeurteilung der Gesellschaft

I. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr haben drei Aufsichtsratssitzungen, eine am 10. Januar, eine am 07. Juni und eine am 16. Oktober 2012 stattgefunden.

Vor dem Hintergrund des notwendigen und anspruchsvollen Investitionsprogramms der Gesellschaft wurde am 10. Januar 2012 durch Herrn Prof. Roland ein vom Aufsichtsrat in Auftrag gegebenes Gutachten zur Leistungsfähigkeit der Gesellschaft vorgestellt. Der Gesellschaft wurde eine gute Arbeit in der Vergangenheit bescheinigt. Darüber hinaus sind ihre Annahmen und Prognosen zur Mittelfrist- bzw. Langzeitplanung, einschließlich Investitionsstrategie, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, als tragfähig und alternativlos eingeschätzt und beurteilt worden. Die Gesellschaft ist auf dem richtigen Weg.

Am 07. Juni 2012 wurden die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2011 besprochen. Die weitere Verfahrensweise und praktische Umsetzung der Erhebung eines Bereitstellungsentgeltes für die zusätzliche Nutzung von Wasser aus Eigenwassergewinnungsanlagen im Haushalt stand aufgrund der noch ausstehenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Bautzen bezüglich der Zulassung der Berufung der Herren Verbandsräte Mayer und Frost zum rechtmäßigen Abstimmungsverhalten der Freitaler Verbandsräte in der 36. Verbandsversammlung am 22. Juli 2010 erneut auf der Tagesordnung.

Im Oktober 2012 hat der Aufsichtsrat in seiner 36. Sitzung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013 beraten und im Ergebnis diesen einstimmig gebilligt. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft. Darüber hinaus wurden die Konsequenzen aus dem möglichen Ansatz kalkulatorischer Zinsen auf die Entwicklung der Wasserpreise und die damit verbundene Verminderung der Restverschuldung der Gesellschaft aufgezeigt.

Am 28. August 2012 ist die 25. Gesellschafterversammlung durchgeführt worden. In der Gesellschafterversammlung wurden im Wesentlichen der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt, der Aufsichtsrat entlastet und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 2.725,5 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ursache für den Jahresüberschuss lag unter anderem in der ertragswirksamen Auflösung von im Vorjahr gebildeten notwendigen Rückstellungen für mögliche Steuer- und Zinsnachzahlungen im Rahmen der Betriebsprüfung im Prüfungszeitraum 2004 bis 2007. Die nachträgliche Besteuerung von Fördermitteln im Zusammenhang mit der Beseitigung der verheerenden Schäden aus dem Jahrhunderthochwasser im August 2002 konnte gemeinsam in enger Abstimmung zwischen dem Aufsichtsrat und Geschäftsführung abgewehrt werden.

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde im August/September 2011 von der Geschäftsführung aufgestellt. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurden die Planzahlen aus den Vorjahren zum Teil um die Ergebnisse der letzten Jahresabschlussprüfung (2010) ergänzt und fortgeschrieben. Dort, wo es nötig war, wurden Anpassungen und Präzisierungen vorgenommen.

Die Wasserbruttoförderung inklusive des Wasserbezuges von Dritten fiel mit insgesamt 5.174,2 Tm³/a um 50,1 Tm³/a bzw. 0,97% geringer als im Vorjahr aus.

Der Eigenverbrauch zum Betrieb der beiden Wasserwerke in Altenberg und Klingenberg sowie zur notwendigen Spülung des Rohrnetzes, einschließlich Reinigung der Hochbehälter, kann mit 480,9 Tm³ bzw. 9,3% der Jahreswasserbruttoförderung angegeben werden. Der Eigenverbrauch ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Ein Grund hierfür liegt u.a. darin, dass sich die Rohwasserqualität nach erfolgreichem Abschluss der Rekonstruktion und Sanierung der Talsperre Klingenberg hinsichtlich der bakteriologischen Beschaffenheit sowie der Parameter Mangan und Sauerstoffsättigung gegenüber dem Ersatzwasserbezug aus dem Talsperrenverbund Lichtenberg zunächst erheblich verschlechtert hatte.

Mit dem Rückspülen der Filter in kürzeren Zeitabständen erhöhte sich die diesbezügliche Wassermenge erheblich. Der Qualitätseinbruch beim Rohwasserbezug wurde damit weitestgehend kompensiert.

Die Rohrnetzverluste, einschließlich Fremdentnahmen (z.B. Feuerwehr), wurden von 412,8 Tm³ (i.Vj.) um 164,2 Tm³ bzw. 40% auf 248,6 Tm³ gesenkt.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen die Wasserverbräuche im rollierenden Verfahren innerhalb einer qualifizierten bzw. maschinellen Schätzung (Hochrechnung der Vorjahresverbräuche) abrechnet und deshalb keine Stichtagsablesung zum Jahresende vornimmt, sind die ermittelten Rohrnetzverluste insoweit nur vorläufig.

Insgesamt ist der Trend der letzten Jahre aufgrund der permanenten Anstrengungen der Gesellschaft in die planmäßige Erneuerung des Leitungsbestandes jedoch rückläufig.

Auf der Grundlage des Arbeitsblattes W 392 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) betragen die spezifischen Wasserverluste bezogen auf das gesamte Leitungsnetz (955 km), ohne Berücksichtigung von Hausanschlussleitungen, 0,03 m³/(h*km).

Bei überwiegend ländlich geprägten Versorgungsstrukturen werden spezifische Wasserverluste im Bereich bis 0,05 m³/(h*km) der Kategorie „geringe Wasserverluste“ zugeordnet.

Obwohl der für 2012 ermittelte Durchschnittswert dem vorgegebenen Bereich zuzuordnen ist, ergibt sich gleichwohl aufgrund der ungünstigen Verteilung des Rohrnetzalters über den gesamten Leitungsbestand hinweg ein sehr viel differenzierteres Bild. Versorgungsgebiete mit sehr hohen spezifischen Wasserverlusten stehen solchen mit sehr geringen gegenüber.

Die Gesellschaft hält auch künftig bei Unterstellung einer 100-jährigen Nutzungsdauer daran fest, mindestens 1% des Leitungsbestandes, inklusive Hausanschlüsse, pro Jahr zu erneuern. Allein hierfür sind bei Annahme von durchschnittlich 200 € pro Meter jedes Jahr 2.392 T€ aufzubringen.

Trotz der in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlichen Investitionen in den Netzausbau mussten 2012 16 Rohrbrüche mehr als 2011 repariert werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 189 Rohrbrüche, mithin 16 bzw. 9 % mehr als im Vorjahr (i.Vj. 173; 1990: ca. 1.400) beseitigt, 51 Hausanschlüsse (i.Vj. 62) vom Versorgungsnetz getrennt, 11 defekte Armaturen (i.Vj. 11) ausgetauscht, 185 Neuanschlüsse (i.Vj. 159) hergestellt und 144 Hausanschlüsse (i.Vj. 190) ausgewechselt.

Auf Versorgungsleitungen bezogen, ergeben sich 0,1 Rohrbrüche auf 1 km Rohrnetz und 4 Rohrbrüche pro 1.000 Hausanschlüsse. Beide Kennzahlen werden u.a. zur Beurteilung des Zustandes eines Rohrleitungsnetzes herangezogen.

Im Arbeitsblatt des DVGW W 400-3 als allgemein anerkannte Regel der Technik werden Rohrnetze mit vorbenannten Kennzahlen in die Kategorie „niedrige Schadensrate“ eingeordnet. Diese Einschätzung korrespondiert mit der Kennziffer „geringe Wasserverluste“. Ergänzend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die je nach dem Erhaltungsgrad der Rohrnetzbereiche starken Schwankungen unterliegen.

Insgesamt belief sich die Zahl der Einzelbaumaßnahmen unter Berücksichtigung der Kategorie „sonstige Baumaßnahmen“ (212) auf 792 Stück (i.Vj. 793). 80,4 % der vorbenannten Baumaßnahmen wurden durch eigenes Personal realisiert. Detaillierte Auswertungen aus den Vorjahren haben gezeigt, dass neben der permanenten und schnellen Verfügbarkeit eigenen Personals dieses auch imstande war, die Bauleistungen gleich oder günstiger, als es die Vergabe an Dritte ergeben hätte, zu realisieren.

Fremdfirmen haben im Zuge des Austausches alter und verschlissener Versorgungsleitungen 49 (i.Vj. 74) Hausanschlüsse erneuert.

Der in den letzten Jahren festgestellte Trend des Rückganges von Tiefbaumaßnahmen setzte sich 2012 nicht fort. Die weitere Entwicklung wird zu beobachten sein. Kurzfristige Änderungen am Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdleistungen sind nicht geplant.

Die durchgeführten Investitionen der letzten beiden Jahrzehnte führten spürbar zur Verminderung der Aufwendungen für Instandhaltung und Wartung des Rohrnetzes und der Pump- und Wasserwerke.

Von den 189 Rohrbrüchen ereigneten sich die Hälfte, nämlich 94 auf Hausanschlussleitungen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass alle Hausanschlüsse zusammen ca. 20% des Rohrleitungsbestandes ausmachen, ist die Rohrbruchhäufigkeit auf Hausanschlussleitungen 4-mal so hoch wie auf Versorgungsleitungen.

Es ist deshalb auch weiterhin wichtig bei den Grundstückseigentümern dafür zu werben, dass bei der Erneuerung der Versorgungsleitungen gleichzeitig die verschlissenen Hausanschlüsse aus Stahl- oder Bleirohr über den öffentlichen Bereich hinaus auch auf dem privaten Grundstück mit ausgetauscht werden.

II. Aufwendungen

Die Planposition „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ in Höhe von 2.318,4 T€ wurde um 30,5 T€ bzw. 1,3% unterschritten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Strombezugspreis aufgrund der in 2012 geführten Preisverhandlungen mit den Stromlieferanten.

Die „Aufwendungen für bezogene Leistungen“ haben sich um 73,7 T€ von ursprünglich 1.067,6 T€ auf 1.141,3 T€ bzw. 6,9% erhöht. Die wesentlichen Mehraufwendungen resultieren aus den Positionen „übrige Instandhaltungsleistungen“ in Höhe von 47,4 T€. Aufgrund des sich Ende des III. Quartals 2012 abzeichnenden Mehrverkaufs von Trinkwasser wurden Instandhaltungsleistungen aus Folgejahren teilweise vorgezogen.

Der Fremdbezug von Leistungen zur Instandsetzung des Rohrnetzes bzw. zur Rohr-schadensbeseitigung fiel um 19,5 T€ höher aus als ursprünglich geplant wurde.

Der Personalaufwand im Jahr 2012 betrug 3.844,9 T€. Er lag damit 56,6 T€ bzw. 1,5% unter dem Planungsansatz. Der geringere Personalaufwand ist u. a. darauf zurückzuführen, dass aufgrund des zunehmenden Durchschnittsalters der gesamten Belegschaft bei längerem krankheitsbedingtem Ausfall von Mitarbeitern die Krankenkassen die Lohnfortzahlung übernehmen. Dieser Trend wird sich bei der jetzigen Altersstruktur der Gesellschaft mittel- und langfristig fortsetzen.

Der Aufwand für Kreditzinsen aus Darlehensverträgen wurde aufgrund der günstigen Zinsentwicklung im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise mit 1.803,0 T€ (i.Vj. 1.863,9 T€) um 163,4 T€ bzw. 8,3% gegenüber dem Planungsansatz unterschritten. Die Minderausgaben tragen zu einer Ergebnisverbesserung vor Steuern von 21,5% bei.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Jahr 2012 660,0 T€ und lagen somit um 17,9 T€ bzw. 2,8% über dem Planwert.

Die geplanten Abschreibungen in Höhe von 3.577,5 T€ wurden um 61,0 T€ bzw. 1,7% überschritten und betragen 3.638,5 T€. Die höheren Abschreibungen haben u.a. ihre Ursache in zusätzlichen Aktivierungen aufgrund der Ergebnisse der Betriebsprüfungen 2004-2007 und 2008-2010.

Die Steuerbelastung aus Gewerbeertragsteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, welche allein dem Wirtschaftsjahr 2012 zuzuordnen ist, erhöht sich aufgrund des auf 760,7 T€ verbesserten Jahresergebnisses (vor Steuern) gegenüber dem ursprünglichen Planungsansatz von 74,5 T€ auf 229,6 T€.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde durch das Finanzamt Dresden eine Betriebsprüfung der Jahre 2008 bis 2010 bei der Gesellschaft durchgeführt. Der abschließende Betriebsprüfungsbericht mit Datum vom 28.02.2013 wurde der Gesellschaft Anfang März 2013 übersandt. Insgesamt entstanden für den geprüften Zeitraum Steuernachforderungen in Höhe von 52,1 T€, zuzüglich Zinsnachzahlungen von 6,7 T€, welche bereits in Form von Steuerrückstellungen mit berücksichtigt sind.

Weitere Ertragsteuern in Höhe 26,4 T€ betreffen die Ertragsteuerrückstellung für 2011 aufgrund der Anpassungseffekte aus der Betriebsprüfung 2008 bis 2010 sowie nachlaufende Steuernachzahlungen für die Betriebsprüfung der Jahre 2004 bis 2007.

Die steuerliche Gesamtbelastung aus Gewerbeertragsteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag beläuft sich auf insgesamt 308,1 T€.

III. Einnahmen

Im Jahr 2012 sind 3.637,2 Tm³ Trinkwasser an Endkunden verkauft worden. Der Trinkwasserabsatz liegt mit 149,6 Tm³ bzw. 4,3% über dem Planungsansatz von August 2011. Die Mehreinnahmen aus dem höheren Trinkwasserabsatz machen einen Anteil von 50% der Ergebnisverbesserung vor Steuern aus.

Eine Ursache für die doch erhebliche Abweichung zum Planungsansatz liegt im rollierenden Abrechnungsverfahren. Der Planung liegt eine maschinelle Schätzung bzw. Hochrechnung des Vorjahres zugrunde. Wird hier wenig Wasser verbraucht, projiziert die Hochrechnung dies zunächst ins Folgejahr. Es ist äußerst schwierig die Hochrechnung im Vorgriff durch entsprechende Auf- oder Abwertungen auf das sich später einstellende Endergebnis anzupassen.

Auf den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2010 basierten die Annahmen zur Absatzentwicklung für die Planung 2012. Aus heutiger Sicht fiel die damalige Hochrechnung als Planungsgrundlage zu niedrig aus.

Der weiteren Entwicklung bzw. Abschätzung des Absatzes muss künftig große Aufmerksamkeit beigemessen werden, zumal dann, wenn die Hochrechnung aufgrund eines guten Sommers Werte für das Folge- bzw. Planjahr ausweist, die bei einem durchaus nicht auszuschließendem verregneten Sommer zu hoch sind.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass der Absatz von Trinkwasser mittelfristig stagniert bzw. leicht rückläufig ist.

Den Zinsaufwendungen stehen wegen der guten Liquiditätslage der Gesellschaft Zinserträge in Höhe von 138,0 T€ gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 262,4 T€ um 98,0 T€ über dem Planungsansatz in Höhe von 164,4 T€. Ursächlich hierfür ist u.a. eine periodenfremde ertragswirksame Nachaktivierung von Eigenleistungen auf Veranlassung der im Wirtschaftsjahr durchgeführten Betriebsprüfung des Zeitraumes 2008 bis 2010 in Höhe von 79,8 T€.

Die Betriebsprüfung schätzte den der Abrechnung der aktivierten Eigenleistungen zugrunde liegenden Stundensatz der Gesellschaft als zu niedrig ein. Im Abschlussgespräch einigte man sich auf einen Stundensatz von 28,50 €.

IV. Ergebnis und Fazit

Die gesamten Aufwendungen inklusive Steuer belaufen sich auf 13.794,0 T€. Sie fallen damit um 194,9 T€ bzw. 1,4% höher aus, als in der Planung mit 13.599,1 T€ vorgesehen war. Den Gesamtaufwendungen stehen Erlöse in Höhe von 14.246,6 T€ gegenüber.

Die Mehrerlöse setzen sich im Wesentlichen aus verminderten Zinszahlungen, einem erhöhten Trinkwasserabsatz und der im Rahmen der Betriebsprüfung vorgenommenen Nachaktivierung von Eigenleistungen sowie der Auflösung von Rückstellungen zusammen.

Das geplante ausgeglichene handelsrechtliche Jahresergebnis (0 T€) ist mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 452,6 T€ übertroffen worden. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Liquidität der Gesellschaft kann über die letzten Jahre hinweg als gut eingeschätzt werden. Ursächlich sind Überschüsse der Vorjahre aufgrund geringerer Aufwendungen auf der einen und nicht geplanter Mehreinnahmen auf der anderen Seite. In den Folgejahren sollen diese mit geplanten Verlusten bei gleichbleibender Höhe der Wasserentgelte ausgeglichen werden.

Der erneute Anstieg der Liquidität ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Tilgung, einschließlich Zinsen, mehrerer Darlehen der Ostsächsischen Sparkasse Dresden erst nach dem 31. Dezember 2012 per Lastschrift eingezogen worden sind. Hierauf hat die Gesellschaft keinen Einfluss.

Trotz der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Gesellschaft kalkulatorische Kosten nur anteilig aufgrund der derzeitigen Höhe der Wasserentgelte erwirtschaften. Beispielsweise sind kalkulatorische Zinsen und/oder eine Eigenkapitalverzinsung seit 1994 kein Bestandteil der Wasserentgeltkalkulation.

Die Kennzahlen des für das Jahr 2012 aufzustellenden Beteiligungsberichtes können dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 entnommen werden.

V. Schuldenstand und Investitionstätigkeit

Im Berichtsjahr hat der Zugang zum Anlagevermögen insgesamt 4.265,5 T€ (i.Vj. 3.433,3 T€) betragen. Davon sind 94,8 T€ den Ergebnissen der Betriebsprüfung im Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 zuzurechnen.

Die Kreditverbindlichkeiten bzw. die Restschuld der Gesellschaft aus ihrer Investitionstätigkeit seit 1990 belaufen sich unter Berücksichtigung der im Wirtschaftsjahr aufgenommenen Darlehen in Höhe von 2.785,3 T€ und gleichzeitiger Tilgung in Höhe von 2.516,5 T€ zum Stichtag am 31. Dezember 2012 auf 57.340,0 T€. Darin enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 115,0 T€ sowie Tilgungsabgrenzungen in Höhe von 372,0 T€.

Gegenüber dem Vorjahr (56.698,2 T€) beträgt der Zuwachs 641,8 T€ bzw. 1,1%. Bei 98.889 versorgten Einwohnern (i.Vj. 98.889 EW) beträgt die Verschuldung am Ende des Jahres 2012 580 € pro Einwohner und damit 7 € mehr als im Vorjahr.

Die nominale Restverschuldung wird unter Berücksichtigung der langfristigen Investitionsstrategie ihren Höhepunkt mit 62.855 T€ im Jahr 2027 erreichen und danach leicht absinken. Dies sind 5.515 T€ bzw. 56 € pro Einwohner mehr als im Jahr 2012.

Die der Kommunalaufsicht eingereichten Bürgschaften des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für Darlehensaufnahmen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurden ohne Auflagen genehmigt.

Aufgrund der extremen Niedrigzinsphase und der bestehenden Unsicherheiten zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Zinsen sind vor Ablauf der Zinsbindungsfrist für planmäßige Umschuldungen im Jahr 2013 bereits 2012 neue Zinssätze nach einer zuvor erfolgten Markterkundung mit den betroffenen Banken vereinbart worden. Hierzu waren keine erneuten Bürgschaften des Verbandes notwendig.

VI. Organisation und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. Dezember 2012 69 Arbeitnehmer, mithin also zwei Mitarbeiter weniger als ein Jahr zuvor. Darüber hinaus absolvieren 3 Azubi ihre Ausbildung im Unternehmen.

Grundlegende Änderungen an der Organisationsstruktur des Unternehmens wurden nicht vorgenommen und sind auch mittelfristig nicht geplant.

Kapazitätsengpässe im Tiefbaubereich werden u. a. durch den Bezug von Fremdleistungen ausgeglichen.

VII. Künftige Entwicklung und Risiken

Wie bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig angesprochen, sind auch weiterhin der prognostizierte Bevölkerungsrückgang und die damit einhergehende geringere durchschnittliche Auslastung der Anlagen sowohl ein technisches als auch wirtschaftliches Problem, vor dem man die Augen nicht verschließen kann.

Andererseits ist es eine unbestrittene Tatsache, dass aufgrund des Klimawandels und längerer Trockenperioden die Abnahmespitzen (max. Auslastung der Anlagen), wie beispielsweise im Jahrhundertsommer 2003 beobachtet, weiter zunehmen werden.

Hier gilt es abzuwarten, ob und inwieweit die Prognosen auch tatsächlich Wirklichkeit werden. Es zeichnet sich jedoch schon heute ab, dass der Bevölkerungsrückgang oberhalb von Dippoldiswalde größer ausfällt als im Speckgürtel der Landeshauptstadt Dresden. Dort, wo die Auswirkungen der demographischen Entwicklung am größten sind, wurden nach 1990 nicht alle Ortsteile an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen.

Zudem spielt hier die Substitution von Trinkwasser durch Regen- oder Brunnenwasser eine größere Rolle als anderswo. Beide Faktoren lassen erwarten, dass sich der Bevölkerungsrückgang nicht eins zu eins auf den Trinkwasserbedarf auswirkt. Insoweit plant die Gesellschaft mittel- und langfristig auch weiterhin mit einem Verbrauchsrückgang von 0,25% pro Jahr.

Mit der Beschlussfassung der Verbandsversammlung zur Einführung eines Bereitstellungsentgeltes für die zusätzliche Nutzung von Wasser aus Eigenwassergewinnungsanlagen im Haushalt und dem erstmaligen Einzug im IV. Quartal des Wirtschaftsjahres 2012 beschritt die Gesellschaft Neuland.

Insgesamt wurden 3.228 Grundstückseigentümer befragt, ob eine Eigenwassergewinnungsanlage vorhanden ist und ob aus dieser Wasser im Haushalt für die Toilette und/oder Waschmaschine genutzt wird.

Obwohl der Rücklauf der Befragung im ersten Anlauf besser als erwartet war, folgte eine zweite Runde.

Bisher haben 2.740 bzw. 85% der befragten Grundstückseigentümer geantwortet. Im Ergebnis der Befragung ist bisher festzustellen, dass auf 1.905 Grundstücken ein Hausbrunnen oder eine Regenwassernutzungsanlage vorhanden ist. Auf 778 bzw. 40% der Grundstücke wird nach Angaben der Betroffenen Wasser aus Eigenwassergewinnungsanlagen im Haushalt genutzt.

Dort, wo sich die Angaben der Grundstückseigentümer mit den Wasserverbräuchen nicht in Einklang bringen lassen, werden nach schriftlicher Voranmeldung Kontrollen der Kundenanlage auf der Grundlage der AVBWasserV durchgeführt.

In einer Vielzahl von Fällen (170) wurden in den letzten Jahren unzulässige körperliche Verbindungen von Eigenwassergewinnungsanlagen und öffentlicher Trinkwasserversorgung festgestellt. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen.

Die Betroffenen wurden aufgefordert, durch ein Installationsunternehmen, welches im Installateurverzeichnis der Gesellschaft eingetragen ist, die Anlagen so umbauen zu lassen, dass Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers oder Anlagen der Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Die beauftragten Installateure müssen der Gesellschaft nach Abschluss der Arbeiten die Unbedenklichkeit der Kundenanlage unter Bezugnahme auf die allgemein anerkannten Regeln der Technik bestätigen.

Insgesamt ist es so, dass sich viele Betroffene der Brisanz der Problematik nicht bewusst sind. Durch ihr Fehlverhalten bei sträflicher Außerachtlassung der allgemein anerkannten Regeln der Technik wird der mögliche Eintrag mikrobiologischer oder sonstiger Verunreinigungen verbunden mit einer ernsthaften Gefährdung der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der Gesundheit der übrigen Abnehmerschaft heraufbeschworen und billigend in Kauf genommen. Ein Unrechtsbewusstsein für dieses strafbare Handeln scheint hier nicht ausgeprägt zu sein.

Das Signal, welches mit der Einführung des Bereitstellungsentgeltes ausgesandt wurde, ist vielerorts mit dem teilweise beginnenden Rückbau bestehender Eigenwassergewinnungsanlagen gehört worden. Der angestrebte Prozess, nämlich, einerseits die Fixkosten gerechter zu verteilen und andererseits finanzielle Vorteile aus der Nutzung von Wasser aus Eigenwassergewinnungsanlagen zurückzudrängen, ist in Gang gekommen und wird langsam an Fahrt aufnehmen.

Insgesamt wurden bisher 720 Rechnungen für ca. 2.200 Einwohner gestellt. 58 Rechnungen folgen in den nächsten Tagen. Von den 720 Rechnungen wurden 618 bzw. 86% beglichen. Insgesamt betragen die Einnahmen bislang 33.334 T€.

Mahnläufe sind veranlasst worden. Fragen und Widersprüche wurden umfänglich beantwortet. Ob am Ende des Tages eine gerichtliche Überprüfung zur Rechtmäßigkeit der Erhebung des Bereitstellungsentgeltes letzte Klarheit in der zum Teil sehr emotional aufgeladenen Debatte bringen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich eingeschätzt werden.

Sollte das Bereitstellungsentgelt letztendlich wider Erwarten vor Gericht scheitern, muss schneller als bisher vorgesehen über die Einführung eines anderen alternativen Tarifmodells, welches die erheblichen Kosten aus der permanenten Vorhaltung der Dienstleistung Wasserversorgung besser als bisher abbildet und damit eine Gerechtigkeitslücke schließen soll, beraten und entschieden werden.

In der Branche hat sich in der letzten Zeit trotz des vehementen Widerstandes der Wohnungswirtschaft vermehrt ein Grundpreis pro Wohnung durchgesetzt. Seine gerichtliche Überprüfung hat in mehreren Entscheidungen zu keinen Beanstandungen geführt.

Abschließend ist festzustellen, dass die Ursache vieler Niedrigverbräuche u.a. auch im Auspendeln von Arbeitnehmern, älteren Mitbürgern und Zweitwohnsitzen zu suchen ist.

Sonstige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013, einschließlich des beigefügten Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, ist in der 41. Versammlung am 13. Dezember 2012 beschlossen worden. Damit sind alle Voraussetzungen für einen guten Start in das Jahr 2013 gegeben.

4. Impressum

Herausgeber : Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Verfasser : Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH
Dresdner Straße 301
01705 Freital

Telefon: 0351 648040, Telefax: 0351 6480455

E-Mail : info@wwwgmbh.de, Internet : www.wwwgmbh.de

Geschäftsführer, Herr Kukuczka

(13Beteiligungsbericht_2012_OB.doc/Plan 2013)

Kassenmäßiger Abschluss (und Gesamtabchluss)

Reste vom Vorjahr		Soll			Ist	Neue Reste	
K = Kassenreste H = Haushaltsreste		S = Soll auf Ansatz AH = Abgang Haushaltsreste aus Vorjahren NH = Neue Haushaltsreste AK = Abgang Kassenreste				K = Neue Kassenreste NH = Neue Haushaltsreste UH = Übertrag Haushaltsreste aus Vorjahren	
EUR				EUR			
				Einnahmen			
K	14.174,91	S	13.330,16	Summen Verwaltungshaushalt	14.174,91	K	13.330,16
K	0,00	S	0,00	Summen Vermögenshaushalt	0,00		0,00
H	0,00						
	14.174,91		13.330,16	Summen Haushaltsrechnung	14.174,91		13.330,16
	0,00		0,00	Summen haushaltsfremde Vorgänge (ohne Kassenbestand/-vorgriff)	0,00		0,00
				Zwischensummen der IST-Einnahmen	14.174,91		
	0,00		13.330,16	Kassenbestand	13.330,16		0,00
	14.174,91		26.660,32	Summen der Einnahmen	27.505,07		13.330,16
				Ausgaben			
	0,00	S	13.330,16	Summen Verwaltungshaushalt	13.330,16		0,00
K	0,00	S	0,00	Summen Vermögenshaushalt	0,00		0,00
H	0,00						
	0,00		13.330,16	Summen Haushaltsrechnung	13.330,16		0,00
	0,00		0,00	Summen haushaltsfremde Vorgänge (ohne Kassenbestand/-vorgriff)	0,00		0,00
				Zwischensummen der IST-Ausgaben	13.330,16		
	14.174,91		13.330,16	Kassenbestand	14.174,91		13.330,16
	14.174,91		26.660,32	Summe der Ausgaben	27.505,07		13.330,16

Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung

	Verwaltungshaushalt (VwHH)	Vermögenshaushalt (VmHH)	Gesamthaushalt
	EUR		
	1	2	3
1. Soll-Einnahmen	13.330,16	0,00	13.330,16
2. + neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Abgänge auf Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr		0,00	0,00
4. bereinigte Soll-Einnahmen	13.330,16	0,00	13.330,16
5. Soll-Ausgaben	13.330,16	0,00	13.330,16
6. + neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
7. Abgänge auf Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
8. bereinigte Soll-Ausgaben	13.330,16	0,00	13.330,16
9. Fehlbetrag (Spalte 2 Nr. 8 ./. Nr. 4)		0,00	0,00
Nachrichtlich: Haushaltsausgleich nach § 22 KomHVO			
10. Soll-Ausgaben VwHH - enthaltene Zuführung an VmHH	0,00		0,00
11. Soll-Ausgaben VmHH - enthaltene Zuführung an VwHH		0,00	0,00
12. Mindestzuführung nach § 22 Abs. 1 Satz 2 KomHVO = 0,00 EUR			
13. Soll-Ausgaben VmHH - enthaltene Zuführung zur allgemeinen Rücklage (Überschuss nach § 43 Abs. 3 Satz 2 KomHVO)		0,00	0,00
14. Soll-Einnahme VmHH - enthaltene Entnahme aus allgemeiner Rücklage		0,00	0,00
15. Soll-Einnahme VwHH - enthaltene Zuführung vom VmHH zum allgemeinen Ausgleich	0,00		0,00
16. Fehlbetrag nach § 79 Abs. 2 SächsGemO		0,00	0,00

Haushaltsrechnung Verwaltungshaushalt

Haushaltsstelle		Reste vom Vorjahr (K) = Kassenreste (H) = Haushaltsreste	Soll = Einnahmen oder Ausgaben ./.. Haushaltsreste aus Vorjahr (H) + neue Haushalts- reste (H)	Ist	Neue Reste (K) = Kassenreste (H) = Haushaltsreste	Planvergleich		
						Haushaltsansatz	Soll (Spalte 3) mehr (+) weniger (-) als Ansatz (Spalte 6)	Zulässige Mehr- ausgaben = üpl. oder apl. be- willigte oder nach § 17 KomHVO ge- deckte Ausgaben
EUR								
1	2	3	4	5	6	7	8	
0200.2600	Hauptverwaltung Bußgelder	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
0200.2630	Hauptverwaltung sonst. Finanzeinn.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8150.1650	Wasserversorgung Erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8150.2150	Wasserversorgung Ausschüttungen	K 14.174,91	für Ausschüttung Vorjahr im Jahr 13.330,16	14.174,91	K 13.330,16	22.335,00	-9.004,84	
9100.2800	Finanzwirtschaft Zuführung von VmHH	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe			13.330,16	14.174,91	K 13.330,16	22.335,00	-9.004,84	
0000.6600	Verbandsorgane Verfügunsmittel	0,00	426,59	426,59	0,00	800,00	-373,41	0,00
0200.4000	Hauptverwaltung Entschädigungen	0,00	441,35	441,35	0,00	2.000,00	-1.558,65	0,00
0200.5300	Hauptverwaltung Mieten	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	-100,00	0,00
0200.6500	Hauptverwaltung Geschäftsbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	-100,00	0,00
0200.6520	Hauptverwaltung Post-/Telefonentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	-100,00	0,00
0200.6530	Hauptverwaltung Bekanntmachungen	0,00	3.579,84	3.579,84	0,00	5.000,00	-1.420,16	0,00
0200.6550	Hauptverwaltung Sachverständige	0,00	1.451,80	1.451,80	0,00	5.000,00	-3.548,20	0,00
0200.6720	Hauptverwaltung Erstattungen GmbH	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	0,00	0,00
0200.8411	Hauptverwaltung sonst. Finanzausg.	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	-200,00	0,00
8150.6400	Steuern, Versicherungen	0,00	2.109,50	2.109,50	0,00	3.535,00	-1.425,50	0,00
8150.8410	Wasserversorgung Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9100.8001	Finanzwirtschaft Zinsen	0,00	321,08	321,08	0,00	500,00	-178,92	0,00
9100.8600	Finanzwirtschaft Zuführung an VmHH	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			13.330,16	13.330,16	0,00	22.335,00	-9.004,84	0,00
Einnahmen			13.330,16	14.174,91	13.330,16	22.335,00	-9.004,84	0,00
Ausgaben			13.330,16	13.330,16	0,00	22.335,00	-9.004,84	0,00
Saldo			0,00	844,75	13.330,16	0,00	0,00	0,00

Haushaltsrechnung Vermögenshaushalt

Haushaltstelle		Reste vom Vorjahr (K) = Kassenreste (H) = Haushaltsreste	Soll = Einnahmen oder Ausgaben ./. Haushaltsreste aus Vorjahr (H) + neue Haushalts- reste (H)	Ist	Neue Reste (K) = Kassenreste (H) = Haushaltsreste	Planvergleich		
						Haushaltsansatz	Soll (Spalte 3) mehr (+) weniger (-) als Ansatz (Spalte 6)	Zulässige Mehr- ausgaben = üpl. oder apl. be- willigte oder nach § 17 KomHVO ge- deckte Ausgaben
EUR								
1		2	3	4	5	6	7	8
8150.3610	Wasserversorgung Invest.-Zuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8150.3650	Wasserversorgung Invest.-Zuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9100.3000	Finanzwirtschaft Zuführung von VwHH	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9200.3900	Finanzwirtschaft Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8150.9810	Wasserversorgung Invest.-Zuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8150.9851	Wasserversorgung Invest.-Zuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9100.9000	Finanzwirtschaft Zuführung an VwHH	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9200.9920	Finanzwirtschaft Deckung Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einnahmen			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausgaben			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Saldo			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtplan - Haushaltsquerschnitt

A: Einzelpläne 0 bis 8

Gliederungs-Nr.	Aufgabenbereiche	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Sonstige Finanzeinnahmen	Personalausgaben	Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	Zuweisungen und Zuschüsse	Zuschussbedarf (Sp. 3+4 ./ 5 bis 7)	Objektbezogene Einnahmen des Vermögenshaushaltes	Baumaßnahmen	Sonstige Investitionsausgaben	Verpflichtungsermächtigungen
	Gruppierungs-Nr.	10 bis 17, 19	20 bis 27	40 bis 46	50 bis 69, 84	70 bis 79		32 bis 36	94 bis 96	92, 93, 98, 991, 997	
EUR											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
00	Verbandsorgane	0,00	0,00	0,00	426,59	0,00	-426,59	0,00	0,00	0,00	0,00
02	Hauptverwaltung	0,00	0,00	441,35	10.031,64	0,00	-10.472,99	0,00	0,00	0,00	0,00
81	Versorgungsunternehmen	0,00	13.330,16	0,00	2.109,50	0,00	11.220,66	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe	0,00	13.330,16	441,35	12.567,73	0,00	321,08	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtplan - Haushaltsquerschnitt

B: Einzelplan 9

Gliederungs-Nr.	Aufgabenbereiche	Steuern und allg. Zuweisungen	Sonstige Finanzeinnahmen	Sonstige Finanzausgaben	Überschuss (Sp. 3+4 ./ 5)	Sonstige Einnahmen des Vermögenshaushaltes	Sonstige Ausgaben des Vermögenshaushaltes
	Gruppierungs-Nr.	00 bis 07, 09	150, 158, 162, 169, 20, 21, 23, 26 bis 28	47, 672, 679, 686, 687, 689, 80 bis 86		30, 31, 37	90, 91, 933, 97 bis 99
EUR							
1	2	3	4	5	8	9	10
91	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	0,00	321,08	-321,08	0,00	0,00
92	Abwicklung Vorjahre	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe	0,00	0,00	321,08	-321,08	0,00	0,00